



Deutschland:

Deutscher Vizekanzler in Katar ...

Deutschland und Katar wollen in Energiefragen künftig enger zusammenarbeiten. Es solle nicht nur um Gaslieferungen gehen, sagt Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck.



Das Land soll laut Bundesregierung möglichst schnell unabhängig von Energieimporten aus Russland werden. Denn auch bei einem rasanten Ausbau von Wind- und Sonnenenergie werden sowohl private Verbraucher als auch die Industrie noch einige Zeit auf Gas angewiesen sein. Katar ist die naheliegende Wahl: Es ist der zweitgrößte Exporteur von verflüssigtem Erdgas (LNG) weltweit.

Zu den Details der geplanten Energiekooperation äußerte sich Habeck nicht. Konkrete Jahreszahlen und Liefermengen seien aber bereits besprochen worden, sagte er. Das Ziel ist, dass auch Gas fließen kann, wenn die Infrastruktur für Flüssiggas in Deutschland fertig ist. Er hatte zuvor ausgerechnet, dass der Bau eines LNG-Terminals in der Regel etwa fünf Jahre dauert. Zwei Terminals sind in Brunsbüttel und Wilhelmshaven geplant.

Habeck sieht seine Reise an den Persischen Golf auch als Signal an Russland. „Ein großes Stück ist jetzt abgebrochen“, sagte

er mit Blick auf die Einigung mit Katar. Bislang bezieht Deutschland rund 55 Prozent seiner Gaslieferungen aus Russland. Diese Zahl will Habeck künftig auf null reduzieren. „Wir wollen nicht das gesamte russische Gas durch katarisches Gas ersetzen“, sagte er. Deutschland muss sich breiter aufstellen, die einzelnen Lieferländer sollen nur einen Anteil zwischen 10 und 20 Prozent haben, um das Ausfallrisiko zu minimieren.

... und in den Vereinten Arabischen Emiraten

Deutsche Unternehmen haben Vereinbarungen mit Firmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zum Aufbau einer Wasserstoffversorgungskette unterzeichnet, da Berlin versucht, die CO₂-Emissionen zu senken und seine Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern.



Der deutsche Wasserstoff- und Energieversorger Uniper wird zusammen mit der Abu Dhabi National Oil Company und JERA Americas ein gemeinsames Projekt für den Wasserstofftransport durchführen, sagte das Ministerium in einer Erklärung.

Die Vereinbarung zielt darauf ab, eine Lieferkette für Wasserstoff aus erneuerbaren Energien von den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Wilhelmshaven in Deutschland aufzubauen, basierend auf der Technologie der flüssigen organischen Wasserstoffträger..

Wasserstoff aus Quellen wie Wind und Sonne gilt als wichtige saubere

Energiequelle. Aber es ist ein sehr leichtes Element, was den Transport über große Entfernungen potenziell schwierig und kostspielig macht.

In einer Erklärung von Uniper in Deutschland hieß es, das Konsortium werde diese Herausforderungen angehen, indem es die Energiequellen von ADNOC, die Energiehandelserfahrung von JERA Americas und die Beteiligung von Uniper an Wasserstoffprojekten im Nahen Osten mit der Expertise von Hydrogenious kombiniere.

Angeblicher Antisemitismus- Vorfall: Staatsanwaltschaft erstattet Anzeige wegen Verleumdung gegen jüdischen Sänger

Die Staatsanwaltschaft Leipzig wirft dem Musiker und Schauspieler Gil Ofarim den Vorwurf des falschen Verdachts und der



Verleumdung vor. Das Verfahren gegen einen von Ofarim des Antisemitismus angeklagten Leipziger

Hotelangestellten wurde jedoch eingestellt, wie die Ermittlungsbehörde am Donnerstag mitteilte.

Aufgrund der großen Öffentlichkeitswirkung des Falls wurde die Anklage beim Landgericht und nicht beim Amtsgericht erhoben. Für die mutmaßlichen Verbrechen drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Im Oktober berichtete Ofarim in einem bei Instagram veröffentlichten Video, dass er im Leipziger Hotel aufgefordert worden sei, seine Kette mit dem David-Stern abzulegen.

Unter anderem zeigte sich der damalige Außenminister Heiko Maas (SPD) „fassungslos“ und forderte, „die Gesellschaft stehe Schulter an Schulter“ gegen Antisemitismus.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist der von Ofarim beschriebene Vorfall nicht passiert. Es wurden umfangreiche Ermittlungen durchgeführt und zahlreiche Zeugen vernommen. Infolgedessen konnte die Staatsanwaltschaft keine Feststellungen treffen, die den Vorgang bestätigten. Da kein Tatverdacht gegen den Hotelangestellten bestand, wurde sein Verfahren eingestellt.

Andererseits besteht der hinreichende Verdacht, dass Ofarim sein Video im Wissen um die Unwahrheit seiner Aussagen und in Kenntnis der verleumderischen und in der öffentlichen Meinung erniedrigenden Folgen für den betroffenen Hotelangestellten veröffentlicht hat.

Zudem wird Ofarim vorgeworfen, bei einer polizeilichen Vernehmung am 12. Oktober den falschen Hergang nicht nur wiederholt, sondern auch ausdrücklich gemeldet zu haben.

Frankreich

Französische Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen gegen den VAE- Interpol-Chef ein

Französische Staatsanwälte haben eine vorläufige Untersuchung gegen Interpol-Chef Ahmed Nasser al-Raisi wegen Vorwürfen eingeleitet, er sei an der Folter und Misshandlung von Gefangenen beteiligt gewesen, als er als hochrangiger Beamter im Innenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate tätig war.

Die Beschwerde gegen Raisi wurde vom Gulf Centre for Human Rights (GCHR) eingereicht, einer NGO, die behauptete, der Generalinspekteur der Emirate habe die

Folter des inhaftierten Dissidenten Ahmed Mansoor überwacht.



Obwohl die in Lyon ansässige Organisation eine weitgehend repräsentative Rolle hat, war Raisis Wahl höchst umstritten. Juristische Organisationen und ehemalige Folteropfer warnten davor, dass seine Ernennung dem

internationalen Polizeigremium schaden würde.

„Interpol ist eine wertvolle und entscheidende Organisation zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, aber aufgrund einiger Mängel in ihrem eigenen System ist sie auch Gegenstand von Missbrauch und durch autokratische Regime“, sagte Sandra Grossman, eine Anwältin, die vor dem US-Senat ausgesagt hat betreffend des Missbrauchs von Interpol Red Notices durch Staaten als Mittel zur transnationalen Repression.

„Es gibt zahlreiche Beispiele von Ländern wie der Türkei, Russland, China und anderen, die die beträchtliche Macht der Red Notice nutzen, um politische Gegner außerhalb ihrer Grenzen zu jagen.“

Belgien:

Überwachung der Muslimbruderschaft

Der Belgische Ständige Ausschuss für die Kontrolle von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten hat eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der

Überwachung der Muslimbruderschaft in Belgien vorgelegt.

Nach Analyse der Arbeit der Staatssicherheit und des Militärischen Nachrichtendienstes (SGRS) zu dieser islamistischen Bewegung empfiehlt der Ausschuss eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen diesen Nachrichtendiensten, aber auch mit ihren Partnern.



„Die Untersuchung zeigt einen Mangel an Konsultationen zwischen den Geheimdiensten und ihren Partnern zu diesem Phänomen, was zu einem Mangel an gemeinsamer Definition des Phänomens, aber auch zu einem Mangel an gemeinsamer Analyse des Bedrohungsniveaus führt, was Fragen aufwirft“, sagte ein Sprecher in einer Erklärung.

Auch im Hinblick auf den Fall von Ihsane Haouach, der für den Posten eines Regierungskommissärs vorgeschlagen worden war und nach Enthüllungen über seine bewussten oder unwissentlichen Verbindungen zur Muslimbruderschaft zurücktreten musste, empfiehlt der Ausschuss eine systematische vorherige Überprüfung der Integrität von Kandidaten für bestimmte öffentliche Ämter.

Insbesondere werden Funktionen des Regierungskommissärs genannt, aber auch die des Seelsorgers oder jede Schlüsselfunktion auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene.

Dem Bericht zufolge ist die Muslimbruderschaft, eine vor fast 100 Jahren in Ägypten entstandene und inzwischen internationale Bewegung, seit den 1960er Jahren in Belgien präsent.

Die Staatssicherheit und andere Geheimdienste in Belgien überwachen die Muslimbruderschaft jeweils getrennt und setzen unterschiedliche personelle und technische Ressourcen ein.

Gegen eine bestimmte Institution in Belgien wurde keine direkt mit der Bruderschaft verbundene Bedrohung festgestellt. Dennoch sieht die SGRS die Muslimbruderschaft als „Gefahr“ an.

Für die Staatssicherheit stellen sie sogar eine "hohe Bedrohung in Bezug auf Extremismus dar, da ihre kurzfristige Strategie ein Klima der Polarisierung und Spaltung innerhalb der belgischen Gesellschaft schaffen und somit einen Aspekt der Radikalisierung darstellen könnte".